

Medienmitteilung vom  
22.12.2016

Ostermundigen, 21.12.2016



## Personalvorsorge Ostermundigen

**Nach dem Entscheid des Volkes gegen eine Vollkapitalisierung der heutigen Personalvorsorgestiftung Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) hat der Gemeinderat an den Sitzungen vom 29. November, 13. und 20. Dezember 2016 das Abstimmungsergebnis analysiert und das weitere Vorgehen festgelegt. Der Gemeinderat wird nach dem klaren Verdikt durch die Stimmberechtigten und der dadurch fehlenden Vollkapitalisierung und unter Berücksichtigung der geltenden Rechtsgrundlagen (Gemeinderecht und Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge) im kommenden Jahr einen Anschluss an eine neue Vorsorgeeinrichtung den finanzkompetenten Organen zum Entscheid unterbreiten.**

### Zeitplan

Der Gemeinderat erachtet die Risiken für die Steuerzahlenden (Beispielsweise nicht Erreichung der Zielsetzungen des Sanierungspfades) und die Mitarbeitenden (Beispielsweise Nullverzinsung des angesparten Kapitals) als zu gross um die Entscheide erst im Jahr 2018 zu fällen. Entgegen dem Beschluss des Grossen Gemeinderates vom 30. Juni 2016 setzt der Gemeinderat alles daran die Weichen für die Personalvorsorge bereits im 2017 zu stellen.

## **Vorgehen**

Die Grundlagen für die Entscheide der finanzkompetenten Organe werden durch die paritätisch zusammengesetzte Personalvorsorgekommission (PVK) vorbereitet. Bevor die Kommission die Arbeit wieder aufnehmen kann, muss sich die Kommission neu konstituieren, da alle bisherigen Mitarbeitervertreter das Gremium verlassen haben.

Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 20. Dezember 2016 Gemeinderätin Maya Weber Hadorn als neue Arbeitgebervertreterin gewählt. Sie ersetzt Ursula Lüthy, welche den Gemeinderat per Ende 2016 verlässt.

## **6 Punkte Plan**

Im Rahmen der Sitzung vom 13. Dezember 2016 hat der Gemeinderat den 6 Punkte Plan analysiert. Der Gemeinderat will seine Schlussfolgerungen in die nächste Arbeitsphase einbinden. Der Vorschlag enthält verschiedene Elemente, die aus Sicht des Gemeinderates interessant sind. Gleichzeitig hält der Gemeinderat fest, dass aus rechtlichen Gründen ein sofortiger Austritt per 31.12.2016, wie dies das Nein-Komitee fordert, nicht möglich ist. Der Gemeinderat weist u.a. darauf hin, dass die 30-tägige Beschwerdefrist für die Abstimmung vom 27. November 2016 noch nicht abgelaufen ist. Der Gemeinderat verfolgt aber das Ziel zügig eine Lösung zu finden. Die Entscheide sollen im Rahmen der dafür vorgesehen Prozesse (u.a. Entscheid durch finanzkompetentes Organ) gefällt werden.

## **Sachorientiert in die Zukunft**

Der Gemeinderat appelliert an alle eingebundenen Personen, Komitees, Personalvertreter, Gewerkschaften und Vertreter von Parteien im Interesse der Sache die nächsten Schritte mit der notwendigen Gelassenheit anzupacken. Der Gemeinderat vertritt dezidiert die Auffassung, dass im Interesse der Gemeinde nun die Sachlichkeit die Arbeiten im neuen Jahr prägen sollen.

## **Der Gemeinderat**

### **Auskunft / Kontakte**

Für ergänzende Auskünfte steht Ihnen der Gemeindepräsident Herr Thomas Iten (Tel. 031 930 14 14) gerne zur Verfügung.